

VOLKSBLATT SPLITTER

Ostafrika droht eine Hungersnot

ADDIS ABEBA – Nach einer langen Dürre sind die Menschen in Ostafrika in den kommenden Monaten von einer Hungersnot bedroht. Die Hilfsorganisation Famine Early Warning Systems Network erklärte am Donnerstag, in Äthiopien, Kenia und Somalia gebe es bereits entsprechende Hinweise: So seien viele Kinder mangelernährt, es komme immer wieder zu Konflikten um die knappen Ressourcen, viele Familien hätten Rinder geschlachtet und die Getreidepreise seien stark gestiegen. (AP)

Vogelgrippe in sieben weiteren rumänischen Dörfern bestätigt

BUKAREST – Die Vogelgrippe breitet sich in Rumänien weiter aus: Das auch für Menschen gefährliche Virus H5N1 sei in sieben weiteren Dörfern im Südosten des Landes festgestellt worden, teilte die nationale Behörde für Tiergesundheit am Donnerstag mit. Ein britisches Labor habe die Diagnose bestätigt. Proben aus zwei weiteren Dörfern würden noch getestet, sagte Behördenchef Gabriel Predoi. (AP)

Ex-Atomenergieminister wird an Russland ausgeliefert

BERN – Der russische Ex-Atomenergieminister Jewgeni Adamow wird an Russland und nicht an die USA ausgeliefert. Das Bundesgericht hat eine Beschwerde gegen einen früheren Entscheid gutgeheissen. Russland ist zufrieden damit, die USA sind «sehr enttäuscht». (sda)



Film über «Miss Wonderbra»

HONGKONG – Das tschechische Supermodel Eva Herzigova will einen Film über das Leben in der Modewelt drehen. Die 32-Jährige sagte der Zeitung «Prestige Hongkong», sie würde gerne einmal Regie führen. «Ich denke an eine Dokumentation über mein Leben», erklärte sie. «Es wäre definitiv autobiografisch. Es würde um ein Mädchen aus dem Ostblock gehen, dem in der Modewelt der Durchbruch gelingt. Eine Aschenputtelgeschichte.» Herzigova wurde in den 90er Jahren mit der Werbekampagne für den «Wonderbra» berühmt. (AP)

Anstieg verlangsamt sich

Über 6,5 Milliarden Menschen – Überalterung wird globales Problem

NEW YORK – Ungefähr zum Jahresende überschreitet die Weltbevölkerung die Marke von 6,5 Milliarden Menschen. Während lange die Überbevölkerung als das grösste demographische Problem galt, ist es nun die Vergrößerung der Bevölkerung.

Laut Experten bei den Vereinten Nationen ist dieser Trend auch für viele Entwicklungsländer zu erwarten. Zwar wird die Weltbevölkerung auch in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen – sofern die Menschheit von Apokalypsen wie einer grossen Epidemie verschont bleibt.

Doch die Tatsache, dass sich inzwischen fast alle Staaten für Familienplanung einsetzen, zeigt mittlerweile Wirkung: Die Bevölkerungskurve flacht ab, der Anstieg verlangsamt sich.

Die Zahl der Kinder, die eine Frau im internationalen Durchschnitt zur Welt bringt, ist in den vergangenen 30 Jahren von fünf auf drei gesunken. Deshalb wird es im Jahr 2050 wohl «nur» neun Milliarden Menschen geben, weniger als noch vor 10 oder 20 Jahren angenommen. Danach könnte die Weltbevölkerung sogar abnehmen – allerdings ist das unsicher.

Jeder Zehnte ist über 60

Fest steht hingegen, dass die Überalterung der Gesellschaft ein



Jeder Fünfte wird im Jahr 2050 laut Uno-Schätzung älter als 60 Jahre sein.

globaler Trend ist und sich nicht auf den reichen Norden und Westen beschränkt. Dort ist sie nur als Erstes spürbar geworden. Heute ist jeder zehnte Mensch älter als 60 Jahre.

2050 wird es nach Uno-Schätzungen jeder Fünfte sein und 2150 jeder Dritte. Denn während langfristig auch in den Entwicklungslän-

dern die Geburtenrate sinken dürfte, wird dort gleichzeitig die Lebenserwartung steigen. Eine traurige Ausnahme sind die Länder südlich der Sahara, in denen Aids ganze Generationen hinwegrafft.

In den Entwicklungsländern bringt die Verschiebung der Alterspyramide noch viel grössere Probleme mit sich als in den Industrieländern. In der Schweiz und Deutschland werden die Rentensysteme umgebaut, in Bangladesch oder Nigeria stehen die Alten vor dem Nichts.

Früher wurden sie in der Grossfamilie versorgt, doch die Massenflicht vom Land in die Stadt hat diesen Verbund auseinander gerissen. Kinder und Enkelkinder sind in Megametropolen wie São Paulo, Schanghai oder Jakarta gezogen. Für die zurückgebliebenen Alten gibt es ein britisches Hilfsprogramm mit dem Namen «Adoptiere eine Oma».

Jean Ziegler:
Es hat genug für 12 Milliarden

Das Anwachsen der Weltbevölkerung wird oft als Grund für Hunger und Massenelend genannt. Die Uno-Experten wären die Letzten, die bestreiten würden, dass der Anstieg der Bevölkerung gedrosselt werden muss. Doch gleichzeitig betont Jean Ziegler, der Uno-Sonderberichterstatler, für das Recht auf Nahrung: «Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heisst, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.» Der Genfer Soziologe sieht nicht das Bevölkerungswachstum, sondern die globalisierte Weltwirtschaft als Wurzel des Übels: «Jeden Tag vollzieht sich ein Massaker, und alle wissen davon.» (sda)

«Können den Preis nicht akzeptieren»

Bislang keine Lösung im Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine

MOSKAU – Russland und die Ukraine haben auch bei der jüngsten Verhandlungsrunde keine Einigung in ihrem Gasstreit erzielt. Das teilte der russische Industrie- und Energieminister Viktor Christenko mit.

«Die einzigen feststehenden Zahlen sind 110 Milliarden Kubikmeter Gas, die Russland 2006 durch das ukrainische Pipelinesystem nach Westeuropa pumpt», sagte Christenko am Donnerstag nach Angaben der Agentur Itar-Tass. Bei Gasmengen für den Eigenbedarf der Ukraine wie auch bei den Gaspreisen habe es keinen Kompromiss gegeben.

Der russische Gasmonopolist Gazprom will die Preise ab Januar



Die Verhandlungen ums Gas, laut Putin eine «echte Krise».

verfünfachen. Das Unternehmen begründet dies mit der Abschaffung von Sonderkonditionen und dem

Übergang zu international üblichen Handelsbedingungen. Die Ukraine lehnt die Erhöhung ab und fordert

eine Übergangsperiode. Sie wirft Russland zudem vor, es wolle die Ukraine mit der Preiserhöhung für ihre West-Orientierung bestrafen.

Russlands Präsident Wladimir Putin offerierte der Ukraine einen Kredit von bis zu 3,6 Milliarden Dollar, um die Preiserhöhung zu finanzieren. Dieser könne über eine europäische oder eine US-Bank abgesichert werden, sagte er russischen Nachrichtenagenturen. Zugleich bezeichnete Putin den Konflikt als eine «echte Krise». Ein ranghoher ukrainischer Beamter lehnte Putins Vorschlag ab: «Wir können den Preis von 230 Dollar nicht akzeptieren. Was sollen wir über Kredite sprechen, wenn wir den geforderten Preis nicht anerkennen?» (sda)

ANZEIGE

VOLKSGARD

Weitere Infos
www.volksgard.ch

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

Baldiges Ende erhofft

Entführung von Familie Chrobog

BERLIN – Die Regierungen in Deutschland und im Jemen haben sich am Donnerstag um eine schnelle Freilassung des entführten Ex-Staatssekretärs Jürgen Chrobog und seiner Familie bemüht. Die Regierung in Sanaa rechnete mit einem baldigen Ende der Geiselnahme.

Der Gouverneur der Provinz Schabwa, Abdallah al-kadi, sagte, die Verhandlungen mit den Entführern bewegten sich «in eine positive Richtung». Die Geiseln würden wie «Gäste» behandelt, allerdings auch als Druckmittel gegen die Regierung in Sanaa benutzt. Eine erste Verhandlungsrunde am Donnerstagmorgen scheiterte, wie die Tageszeitung «Yemen Observer» in ihrer Online-Ausgabe berichtete. Einer der Kidnapper, der sich Abu Bakr Abu al-chair nannte, habe erklärt, das Ministerium habe keine ausreichenden Garantien gegeben, dass die Forderungen der Entführer erfüllt würden. Die Kidnapper bestehen nach jemenitischen Angaben darauf, dass fünf ihrer Stammesmitglieder freigelassen würden, die wegen Verbrechen im Zuge einer Stammesfehde im Gefängnis sitzen. Einer der Inhaftierten sei bereits zum Tode verurteilt worden. Die Familie Chrobog ist nach Angaben der Geiselnahmer «unversehrt und sicher». Ihr werde nichts geschehen, ausser wenn die Sicherheitskräfte versuchen sollten, sie gewaltsam zu befreien. (sda)

+++++ Zu guter Letzt... +++++

EU-Plakate entfernt

WIEN – Nach heftiger Kritik werden in Österreich zwei umstrittene EU-Plakate wieder abgenommen. Die Künstler Carlos Aires und Tanja Ostojic entschieden am Donnerstag, ihre Werke nicht weiter auf Plakatwänden zu zeigen, wie die Nachrichtenagentur APA berichtete. Die Darstellung eines nur mit einem EU-Slip bekleideten Unterleibs einer Frau in lasziver Pose sowie nackter Models, die Masken von US-Präsident George W. Bush, des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und der britischen Königin Elizabeth II. tragen, hatten landesweit für Empörung gesorgt.



Ostojic empfinde die Kritik als «öffentliche Zensur», zitierte APA aus einer Erklärung der Künstler. Beide beklagten demnach «Polemiken und Unterstellungen sowie die Nichtbereitschaft der Öffentlichkeit, sich inhaltlich mit den künstlerischen Aussagen zu beschäftigen». (AP)